



BIZ Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz e.V.

transparent - bürgernah - sachlich

Infobrief #10 – November/Dezember 2010

Der Blick hinter die Kulissen der Koblenzer Kommunalpolitik – Mit diesem Infobrief erfahren Sie, was WIRKLICH passiert. Der Infobrief erscheint künftig unregelmäßig und informiert Sie über die wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen und Entwicklungen in Koblenz.

Themen dieser Ausgabe

Café Rheinanlagen Stadtrat und Stadtspitze nun für zweigeschossigen Bau
Haushalt Umstrittener Nachtragshaushalt wurde durchgeboxt, Perspektiven fehlen
Bamberger-Skandal Justizminister Bamberger (SPD) erhält „schallende Ohrfeige“ vom Bundesverwaltungsgericht
Bürgerbeteiligung bei Großprojekten Beck und Mertin im Sinneswandel?
Zentralplatz So luftig könnte eine Parklösung (z. B. Casino-Park) sein

investorengesteuerter Stadtspitze und Parteipolitikern.

Mittelrheinforum und Kulturbau sind der Landes- und Lokalpolitik nahe stehenden Köpfen entsprungen, die sich um die vom ECE-Chef Alexander Otto gegründeten Stiftung „lebendige Stadt“ versammelt haben. Die Hauptagenten für Stuttgart 21 sind vor allem diejenigen, die vom tiefergelegten Gleiskörper profitieren. Auf dem Bahngelände soll das u.a. vom ECE betriebene „Quartier am Mailänder Platz“ mit 43.000 qm Verkaufsfläche erreicht werden. Etwas Ähnliches ist in Koblenz und vielen anderen deutschen Städten, in denen das ECE tätig ist, bereits Realität.

In Koblenz wie in Stuttgart gilt nicht der Wille der ortsansässigen Bürger, sondern die Macht der Landesregierung. Immer deutlicher wird: der Koblenzer Stadtrat hat mit dem Sanierungsbeschluss zum Zentralplatz bereits 2005 das Zepter zu einer selbstbestimmten Gestaltung in diesem Bereich aus der Hand gegeben.

Einer wachsenden Verfilzung zwischen Politik und Wirtschaft ist nur damit zu begegnen, dass der allgemeinen Forderung nach Mitbestimmung der Bürger über alle entscheidenden Projekte in ihrer Stadt eine starke Unterstützung zuteil wird.

Die Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz wird sich in Zukunft besonders diesem Thema widmen. Sie wird alles politisch und juristische Mögliche ausloten, um sich für die Etablierung von Plebisziten außerhalb von durchgetricksten Planfeststellungsverfahren einzusetzen und dafür, bürokratische Hürden zu verbindlichen Volksabstimmungen über alle wichtigen Themen der Stadtplanung im weitesten Sinn des Wortes abzubauen.

Das Kind liegt haushaltstechnisch gesehen im Brunnen. Aber die BIZ hofft mit allen Koblenzer Bürgern auf einen großen und nachhaltigen Erfolg der BUGA 2011 und darauf, dass alle zur Zeit für Besucher sichtbaren Probleme in der Stadt bis zum Beginn der Gartenschau beseitigt sind und die Gäste tatsächlich zu Wiederkommen animiert werden.

Neben den verkehrstechnisch einschneidenden Objekten kommen ja u. a. Bundesgartenschau, Zentralplatz, Rhein-Mosel-Halle und Schrägaufzug in Ehrenbreitstein noch dazu.

Dr. Michael Winter

Was ist Ihre Meinung? Schreiben Sie uns doch eine E-Mail an BIZ-Koblenz@gmx.de

Editorial

Der Haushalt im Bodenlosen, Koblenz verstopft, die Brücken gefährdet und auf lange Sicht reparaturbedürftig, im Zentrum der Stadt ein Trümmerfeld und demnächst ein unansehnlicher Konsumklotz und ein Kulturbau, bei dem niemand weiß, was damit anzufangen ist und ob er eine für den Haushalt kostenneutrale Zukunft hat. Dazu ein fast neues Kongresszentrum, das die Stadt sich nicht leisten kann und ein auf Jahrzehnte verbindlich angemietetes Schloss, das ebenfalls den Haushalt schwer belastet. Das ist das Ergebnis der Politik einer Betonriege aus mainz- und

Aus dem Stadtrat Koblenz

Aktuelle Informationen aus der Ratssitzung vom 4. November 2010.

Stephan Wefelscheid stellvertretender Fraktionsvorsitzender BIZ

Ratsentscheidung zum Café Rheinanlagen

Kehrtwende im Fall Café Rheinanlagen

Bauwesen Wie bereits im letzten BIZ Infobrief Nr. 9 berichtet, hatte der Stadtrat in seiner Sitzung vom 16. September 2010 auf Antrag der BIZ-Fraktion die Verwaltung beauftragt, den in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 126 „Café Rheinanlagen und angrenzende Bereiche“ dahingehend zu ändern, dass die maximal zulässige Gebäudehöhe (§ 9 Abs. 3 BauGB) mit lediglich bis zu zwei Geschossen festgesetzt wird. Die Verwaltung sollte die Machbarkeit eines solchen Bebauungsplanes prüfen und dem Stadtrat dann die Ergebnisse der Prüfung präsentieren.

Wie bereits im letzten BIZ Infobrief Nr. 9 berichtet, hatte der Stadtrat in seiner Sitzung vom 16. September 2010 auf Antrag der BIZ-Fraktion die Verwaltung beauftragt, den in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 126 „Café Rheinanlagen und angrenzende Bereiche“ dahingehend zu ändern, dass die maximal zulässige Gebäudehöhe (§ 9 Abs. 3 BauGB) mit lediglich bis zu zwei Geschossen festgesetzt wird. Die Verwaltung sollte die Machbarkeit eines solchen Bebauungsplanes prüfen und dem Stadtrat dann die Ergebnisse der Prüfung präsentieren.

Auf vehementes Drängen der BIZ-Fraktion wurde der Bericht der Verwaltung dann auf die Tagesordnung der öffentlichen Stadtrat Sitzung gesetzt, nachdem die Angelegenheit eigentlich im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden sollte.

Die Unterrichtungsvorlage der Verwaltung hatte es in sich: sie informierte darüber, dass es offenbar doch genügend Argumente gibt, um eine solche Beschränkung rechtlich bestandsfest zu gestalten. Dabei stützt sich die Verwaltung auf ein landespflegerisches Gutachten von Dezember 2008. Das Brisante daran: Dieses Gutachten lag dem Rat im Rahmen der Beratungen in seinem gesamten Umfang so bisher nicht vor. Bislang hieß es von Seiten der Bauverwaltung immer, dass eine Festlegung auf zwei Geschosse, insbesondere im Hinblick auf die höhere Bebauung im Umfeld des Cafés, rechtlich nicht machbar sei.

Diese „neue“ Erkenntnis wurde vom gesamten Rat mit Unverständnis kommentiert:

„Unzählige Stunden habe man umsonst getagt und diskutiert. „Von der Verwaltung an der Nase herumgeführt“ (Gerhard Lehmkuhler, SPD), „Im Regen stehen gelassen“ (Marion Lipinski-Naumann, SPD), „Von der Verwaltung hintergangen“ (Anne Schuman-Dreyer, CDU), „Enttäuscht“ (Andrea Mehlbreuer, Grüne): Der Baudezernent musste herbe Kritik einstecken.“, berichtete die Rhein-Zeitung am 6. November 2010.



Der **Baudezernent Martin Prümm (CDU)** erklärte daraufhin, dass man dem Gutachten ursprünglich keine so hohe Bedeutung beigemessen habe. Ein Fehler, wie er einräumen musste. Er entschuldigte sich dafür vor dem gesamten Stadtrat.

Die scheinbar „neue“ Rechtslage erlaubte nur einen logischen Schluss: der eingeschlagene Weg des bisherigen Städtebaulichen Vertrages erschien nicht mehr gangbar. Die BIZ-Fraktion forderte deswegen den Oberbürgermeister auf, die Verhandlungen mit dem Betreiber als gescheitert zu erklären.

So sahen es auch alle anderen Fraktionen:

„Es dürften nicht noch schnell Fakten geschaffen werden, indem der städtebauliche Vertrag doch noch unterschrieben wird, forderte Hans-Jörg Assenmacher (CDU). „Dafür gibt es keine Geschäftsgrundlage mehr im Rat.“ Dieses Signal nahmen **Oberbürgermeister Hofmann-Göttig** und Prümm auf: Der Vertrag werde nicht mehr unterschrieben, gaben sie zu Protokoll.“, war dann in der Rhein-Zeitung vom 6. November 2010 zu lesen.

Damit ist klar, dass die bisherigen Pläne für das Café Rheinanlagen gescheitert sind. Es liegt jetzt am Stadtrat schnellstmöglich einen Bebauungsplan aufzustellen, der den eigentlichen rechtlichen und tatsächlichen Bedürfnissen Rechnung trägt. Und das heißt für die BIZ-Fraktion, dass die maximal zulässige Gebäudehöhe (§ 9 Abs. 3 BauGB) mit lediglich bis zu zwei Geschossen festgesetzt wird.

Spätestens im Januar soll dann der neue Bebauungsplan den Gremien vorgelegt werden. Damit ist ein neues Kapitel im „Kampf ums Café“ eröffnet. Vor dem Hintergrund der bisherigen Ereignisse bleibt abzuwarten welche Pläne die Verwaltung dem Stadtrat nunmehr präsentieren wird. Wir bleiben dran ...

Lesen Sie mehr auf www.bi-zukunft.de

Dr. Michael Gross Fraktionsvorsitzender BIZ

Ratsentscheidung zum Nachtragshaushalt 2010

Dramatische Haushaltszahlen trotz mehr Steuereinnahmen

Haushalt/Finanzen Auszug aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden Dr. Gross:

„(...) in der Haushaltsrede meines Ratskollegen und Stellvertreters Stephan Wefelscheid vom 19. Februar diesen Jahres wurden bereits alle maßgeblichen Kritikpunkte zum Haushalt 2010 genannt, die trotz verbesserter Einnahmenseite nach wie vor ihre Gültigkeit haben.

Ergänzend dazu möchte ich die Gelegenheit nutzen, für die BIZ - Fraktion folgende Stellungnahme zu dem vorgelegten Nachtrags-HH abzugeben:

Zwar weist der Ergebnishaushalt mit „nur“ noch Minus 58 Millionen Euro glücklicherweise ein geringeres Defizit aus, als ursprünglich veranschlagt. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass wir nach wie vor weit über unseren Verhältnissen leben.

Ungebremst nimmt der Vermögensverzehr zu und es ist abzusehen, wann das Eigenkapital vollständig aufgebraucht ist.

Die Stadt Koblenz ist weiterhin gezwungen, ihre Liquidität in erheblichem Maße durch kurzfristige Kredite zu sichern. Dies mag heute während der aktuellen Zinsniedrigphase nicht besonders bedrohlich wirken, kann und wird jedoch bei steigenden Zinsen schnell zur Falle werden!

Bei einer laut Aussage des OB steigenden Verschuldung der Stadt von 400 Millionen Euro auf bis zu 800 Millionen Euro werden höhere Zinssätze eine dramatische Sprengkraft für den Haushalt entwickeln!

Hinzu kommt, dass der Teufelskreis der Tilgung von Investitionskrediten über die Aufnahme von Liquiditätskrediten die grundlegende Aufgabenerfüllung der Stadt Koblenz gefährdet. Es fehlt seit Jahren ein schlüssiges Gesamtkonzept, wie die zunehmenden Schulden jemals zurückgeführt werden sollen oder zumindest konsolidiert werden.

Die Ausgabenpolitik der Stadt hat jedes Augenmaß verloren.

Wir haben zu viele Baustellen und zu wenig "Tankstellen" wo Wertschöpfung entsteht, d.h. Einnahmen für die Stadt zu erwarten sind.

Die Großprojekte ziehen neben Zins- und Tilgungsleistung trotz vorübergehender Fördergelder deutlich erhöhte Unterhalts- und Folgekosten nach sich.

Unser neuer Oberbürgermeister, der seit Anfang 2009 kandidierte, Ende 2009 gewählt wurde und Anfang diesen Jahres ins Amt kam, hatte nach eigenen Aussagen genug Zeit, sich auf diese Aufgabe vorzubereiten.

In zahlreichen Interviews kündigte er an, die Schulden abzubauen, die Liquiditätskredite zurückzuführen und Prioritäten zu setzen. Er wollte grundsätzlich „alles auf den Prüfstand stellen“.

Im Juni diesen Jahres hat der OB jedoch eine riesige Chance zur Konsolidierung des Haushalts vertan: er hätte das 95 Millionen Euro teure Prestigeobjekt des Kulturbaus stoppen können. Die ADD hatte schließlich den Weg dafür bereitet, in dem sie den Mietkauf für den Kulturbau ablehnte.

Mit dem Ausstieg hätte ein dringend notwendiger Schritt zur Haushaltskonsolidierung von rund 95 Millionen Euro erzielt werden können. Anstelle des Vernunft-Ausstiegs hatte der OB indes eifertig neue Vertragsmodi ausgehandelt, die das Projekt nun doch möglich machen sollen, die Chance zu finanzpolitisch verantwortlichem Handeln hat er damit vertan!

Der neue OB setzt nicht nur die Zentralplatz-Verschuldungs-Politik seines Vorgängers fort, in dem er das umstrittene Projekt laufen ließ, sondern hatte trotz Ausstiegsmöglichkeit das Projekt erneut in Gang gebracht.

Keine noch so harte Konsolidierungsmaßnahme wird die finanzielle Belastung durch das Zentralplatzprojekt auch nur ansatzweise auffangen, geschweige denn die bestehende Verschuldung zurückführen können.

Die ADD spart in ihrer Haushaltsverfügung zwar nicht mit Kritik lässt aber größere "HH-Schäden" zu, weil es die Landesregierung so will, die aber mit 33 Milliarden Schulden selbst ein Sanierungsfall ist!

Hier stellen sich die Fragen:

Darf eine Landesregierung auf eine Kommune so viel Druck ausüben? Hätte man hier nicht die Koblenzer direkt fragen sollen?

Hat nicht Stuttgart 21 gezeigt, dass die Menschen an solchen Entscheidungen direkt beteiligt werden wollen, dass sie es nicht mehr hinnehmen wollen, wenn Großprojekte an ihnen vorbei mit „geschätzten“ Zahlen durchgedrückt werden und immer teurer werden?

Ist nicht ECE direkt oder indirekt über eine Stiftung auch in Stuttgart involviert?

Auch hier in Koblenz wird die Kritik immer lauter. Viele Bürger stellen sich zunehmend die Frage nach mehr Bürgerbeteiligung und ihnen bleibt der Zusammenhang zwischen Stuttgart 21 und „Koblenz 21“ kaum verborgen.



Warum erwähne ich Stuttgart 21 und das Zentralplatzprojekt hier in Koblenz? Weil es uns zu den Problemen des Nachtragshaushalts zurückführt:

In seinem Schreiben an die Ratsmitglieder vom 27.10.2010 rechnet der OB aus den eingeplanten Verpflichtungsermächtigungen von 114 Millionen Euro allein für den Zentralplatz (!) 88,733 Millionen Euro raus!

Neben sinnvollen und lange erwarteten Maßnahmen fast 70 % der neuen Schulden für ein Prestigeobjekt, das sich Koblenz in keiner Weise leisten kann und dem wir auf keinen Fall zustimmen werden!

Wie bei allen öffentlichen Großprojekten ist auch hier eine millionenfache Verteuerung dieses Prestigebaus zu erwarten, die Folgekosten werden aus dem Ruder laufen und die Einnahmen weit unter den Erwartungen bleiben! Der politische Vertrauensschwund nimmt zu!

Die BIZ-Fraktion hat schon bei den HH-Beratungen Anfang des Jahres echte Zielvorgaben vorgeschlagen und ist bei dem ehem. OB auf völliges Unverständnis gestoßen.

Wir stehen jederzeit zu echten und zielführenden Beratungen für eine echte Haushalts-Konsolidierung zur Verfügung, lehnen aber diesen Nachtrags-Haushalt ab, weil hier der Wille und die Bereitschaft, zu einer nachhaltigen und generationengerechten Haushalts-Disziplin völlig fehlt!"



**BIZ-Video ansehen auf www.youtube.com/bizukunft
Lesen Sie mehr auf www.bi-zukunft.de**

Kommentar zum Skandal um den Verfassungsbruch des SPD-Justizministers

Ernenennung des OLG-Präsidenten durch Justizminister Bamberger erfolgte rechtswidrig

Bamberger-Skandal: Eine Frage der Ebene?

Rheinland-Pfalz Der Schlag sitzt tief: das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gibt Hans-Josef Graefen recht. Der **Landesjustizminister von Rheinland-Pfalz Heinz-Georg Bamberger** hat unrechtmäßig Ralf Bartz zum Präsidenten des OLG Koblenz ernannt. Nun muss die Stelle neu ausgeschrieben werden.

Brisant und interessant an der Geschichte ist, dass Graefen zunächst zweimal an Verwaltungsgerichten hier in Koblenz scheiterte. Diese sahen kein Problem in der Vergabepraxis des Justizministers. Erst das Bundesverwaltungsgericht verhalf Graefen zum Sieg. Dieser zeigt sich zufrieden und äußert, dass „Dienstherr und Gericht hierdurch angehalten werden, bei der Besetzung von Stellen nach Recht und Gesetz zu verfahren; und sie laufen Gefahr, dass Verstöße hiergegen auch geahndet und korrigiert werden. Dem war man sich in die jüngste Vergangenheit hinein nicht immer bewusst“ (Rhein-Zeitung, Ausgabe Koblenz vom 5. November 2010 – www.rheinzeitung.de/regionales_artikel,-Hoechstrichterliche-Ohrfeige-fuer-Bamberger)

Dieses Zitat Graefens lässt einen bezüglich der Urteile der Verwaltungsgerichte in Koblenz aufhorchen. Ist die implizite Kritik gerechtfertigt? Musste man erst auf die Ebene des Bundes wechseln, damit nach Recht und Gesetz gehandelt wird? Hätten die Verwaltungsgerichte nicht selbst erkennen müssen, dass Bamberger die Rechtsweggarantie verletzt und unrechtmäßig Herrn Bartz ins Amt gehoben hat?

Der Fall Graefen wirft Schatten auf die Glaubwürdigkeit der Unabhängigkeit der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichte. Ganz im Sinne der roten Landesregierung dürfte auch das Urteil des Verwaltungsgericht Koblenz, bestätigt durch Beschluss des Oberverwaltungsgericht Koblenz, des Vergangenen Jahres zur Nichtöffentlichkeit der Zentralplatzverträge gewesen sein, in welchem die Gerichte rein formal entschieden und sich nur mit der Zulässigkeit beschäftigt hatten. Diese waren der Auffassung, dass die von der ehemaligen Dr.Gross/Henchel Fraktion erhobene Klage grundsätzlich mit Ende der Wahlzeit des Rates unzulässig wird, weil die Fraktion keine Mitwirkungsrechte nach Ablauf der Wahlzeit mehr habe und damit nicht mehr die Klärung von Fragen im Zusammenhang mit der Ratsarbeit verlangen könne. Der Kern des Problems, nämlich die Frage, ob die Zentralplatzverträge Einfluss auf die mittel- und langfristige Planung der Stadt Koblenz haben, wurde nicht geprüft. Der Gang nach Leipzig wurde erst gar nicht zugelassen. Es bleibt nur zu hoffen, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse das Normenkontrollverfahren vor dem OVG Koblenz über den Bebauungsplan Zentralplatz und angrenzende Bereiche nach Recht und Gesetz geführt wird.

Weitere Nachrichten in Kürze

Weitere aktuelle Informationen aus Rathaus und Politik – kurz und knapp.

Plötzlicher Sinneswandel? Beck und Mertin nun für Bürgerbeteiligungen

Koblenz/Rheinland-Pfalz In den vergangenen Tagen wurde es in den regionalen Medien gebührend gebracht: **Ministerpräsident Kurt Beck (SPD)** und **Herbert Mertin MdL (FDP)** sind offenbar für mehr Bürgerbeteiligung bei Großprojekten (z. B. Mittelrheinbrücke bei St. Goar/St. Goarshausen). Unter anderem wird auf die Entwicklung bei „Stuttgart 21“ verwiesen.

Es bleibt jedoch festzustellen, dass sich der Termin der Landtagswahl im März 2011 nähert. Beck und seine Genossen gelten ob der Skandale um Nürburgring, Schlosshotel Bad Bergzabern und Bamberger-Affäre als angeschlagen, die FDP dümpelt im Land bei vier Prozent. Da sind solche offensichtlich

opportunistischen Schritte durchaus verständlich.

Das man sowohl bei SPD-Landesregierung als auch bei Mertin Opportunismus vermuten kann, zeigt deren Verhalten beim lokalen Großprojekt am Koblenzer Zentralplatz. Mertin, der bereits vor zwei Jahren vermutlich seine Fälle im Landtag schwimmen sah, hatte seine Koblenzer Parteikollegen (damals u. a. der heutige BIZ-Fraktionsvorsitzende Dr. Gross) dazu bewegen wollen, die Forderungen nach Bürgerbeteiligung aufzugeben. Auch die SPD-Landesregierung ganz anders gehandelt beim Zentralplatzprojekt, als die jüngsten Äußerungen des Ministerpräsidenten vermuten ließen. So mischte sich **Staatssekretär Roger Lewenz (SPD)** in die kommunalpolitische Entscheidungsfindung zum Zentralplatz ein und wollte ein unbedingtes Ja des Stadtrats zu den umstrittenen Investorenplänen forcieren. Beim Zentralplatzprojekt hatte die Politik in Koblenz und im Land völlig ignoriert, dass Koblenzer Bürger mehr als

20.000 Unterschriften gegen die Investorenpläne gesammelt hatten, damit eine für die Stadt und Bürger verträgliche Alternativplanung möglich wird.

Auch Bemühungen der FDP im Jahr 2008 für mehr Bürgerbeteiligung wurden seinerzeit nicht wirklich beachtet. Auch mehr 100 kritische Eingaben von Bürgern und Institutionen im Rahmen des Offenlageverfahrens wurden von der privaten **Ingenieurgesellschaft KOCKS** dem Stadtrat zur Nichtbeachtung vorgeschlagen. Schon die Beauftragung eines privaten Ingenieurbüros für originäre Aufgaben der Verwaltung hat einen fiesigen Beigeschmack.

Zentralplatz: So luftig hätte eine Parklösung sein können

Stadtplanung So herrlich offen könnte man sich einen zentralen Platz in der Stadt vorstellen, den es leider nie geben wird. Der Zentralplatz, gelegen im Herzen der Stadt, wird – anstelle eines Casino-Parks wie von

vielen Bürgerinnen und Bürgern und der Bürgerinitiative Zukunft gefordert – entsteht hier nun ein astronomisch teurer „Kulturbau“ – oder vielmehr zunächst ein „veredelter Rohbau“.



So hätte beispielsweise ein attraktiver Platz die Koblenzer Innenstadt auflockern können.



Stattdessen graue Realität – eifrig bauen die Kräne und Baumaschinen am Shopping Center – dennoch bleibt hier während der BUGA eine Riesen-Baustelle.

Mehr als die Hälfte der Fläche besetzt künftig ein Shopping-Center. Neben dem Löhr-Center wird der die Hamburger ECE bald ein zweites Center in Koblenz betreiben. Die ECE ist bekanntermaßen auch Akteur beim gigantischen Bahnprojekt „Stuttgart 21“.

Die unbebauten Grundstücksteile zwischen „Kulturbau“ und Shopping-Center werden künftig keine Lust zum Verweilen und zur Erholung bieten. Mit politischer Sturheit wurde eine große Chance für ein innerstädtisches Areal mit Aufenthaltsqualität verpasst.

Wenn man in Mainz machen kann, was man will!

Rheinland-Pfalz Wenn man an den sorglosen Umgang von Steuergeldern denkt, fällt einem sofort der neue Nürburgring ein. Millionen-Transfers von Steuergeldern in die Schweiz und (zum Glück!) auch wieder zurück, nach einigen Wochen Verzögerung. Die strukturpolitischen Wirkungen dieses skandalträchtigen Projekts sind zweifelhaft, noch zweifelhafter allerdings das Geschäftsgebahren der Landesregierung, besonders unter dem inzwischen zurückgetretenen **Finanzminister Deubel (SPD)**.

Neuerdings gibt es auch einen offensichtlichen Skandal im Wahlkreis des **Ministerpräsidenten Beck (SPD)** (Stichwort Schlosshotel Bad Bergzabern). **Innenminister Bruch (SPD)** hat bereits Fehler eingestanden.

Auch auf kommunaler Ebene sind es Genossen, die für skandalträchtige Schlagzeilen sorgen: In Koblenz war es besonders die SPD-Fraktion im Stadtrat, die sich für das finanzpolitisch und auch städtebaulich höchst umstrittene „Abenteuer Zentralplatz“ eingesetzt hatte und mehr als 20.000 Unterschriften und somit demonstrierten Bürgerwillen arrogant ignorierten. Der Steuerzahler muss für die öffentlichen Kosten des Projekts von mindestens 95 Millionen Euro (weniger dürften es kaum sein) aufkommen.

Hinzu kommt neuerdings die Spitzelaffäre um **SPD-Mitglied Ferhat Cato**.

Ein vergleichsweise banales Beispiel für die fragwürdige Verwendung von Steuergeldern in Rheinland-Pfalz ist eine der teuren Zeitungsanzeigen, die das Land Rheinland-Pfalz unter Leitung der SPD-Alleinregierung immer wieder schaltet. Entsprechende berechtigte Kritik an der massiven Anzeigenkampagne der Bundeskanzlerin in den vergangenen Wochen muss also auch das Kabinett Beck gegen sich gelten lassen. Dabei dürften die Plakatwände anlässlich der Einführung der

„Realschule plus“ kaum für sachliche Information gesorgt haben.

Auch auf kommunaler Ebene sind es Genossen, die für skandalträchtige Schlagzeilen sorgen: In Koblenz war es besonders die SPD-Fraktion im Stadtrat, die sich für das finanzpolitisch und auch städtebaulich höchst umstrittene „Abenteuer Zentralplatz“ eingesetzt hatten und mehr als 20.000 Unterschriften und somit demonstrierten Bürgerwillen arrogant ignorierten. Der Steuerzahler muss die öffentlichen Kosten des Projekts von mindestens 95 Millionen Euro (weniger dürften es kaum sein) aufkommen.

Zahlen des Monats

Haushalt Rund **58 Millionen Euro** beträgt das Jahresdefizit gemäß Nachtragshaushalt der Stadt Koblenz. Der ursprüngliche Haushalt wurde erwartungsgemäß von der Kommunalaufsicht ADD verworfen, hiernach sollte das Haushaltsloch 2010 sogar gut 72 Millionen Euro betragen. Die Reduzierung des Defizits resultiert im Wesentlichen jedoch nicht aus Anstrengungen der Stadt zum Sparen, sondern insbesondere aus Gewerbesteuererinnahmen, die höher als zuvor ausfallen. Und letztlich wurde der nun mehrheitlich beschlossene Nachtragshaushalt noch mit legaler Bilanzkosmetik aufgepeppt: So betragen die Verpflichtungsermächtigten, das sind Zahlungsverpflichtungen, die die Stadt bereits heute einget, die aber erst später kassenwirksam werden, eine neue Rekordsumme von **114 Millionen Euro** (davon gut 88 Millionen Euro für das Zentralplatzprojekt).

Einem solchen Haushalt zuzustimmen, bedeutet, sich an der finanziellen Zukunft unserer Stadt und an den Gestaltungsmöglichkeiten jüngerer Generationen zu vergehen! Grüne und BIZ haben daher geschlossen gegen diese finanzpolitische Unvernunft gestimmt. Die FDP-Fraktion allerdings hat trotz der wiederholten Kritik am Haushalt 2010 nun plötzlich zugestimmt. Der Zukunft unserer Stadt wird diese Mehrheitsentscheidung finanziell mitnichten helfen.



Kurz und knapp informiert – Alle wichtigen Infos in max. 10 Minuten

Aktuelles BIZ-Video und Archiv bisheriger Ausgaben auf unserem **BIZ-Kanal auf YouTube**

www.youtube.com/bizukunft

Schon gelesen? KuCK mal, Koblenzer Umweltkurier, erhältlich im KUB.A Koblenzer Umweltbüro, Eltzerhofstr. in Koblenz

BIZ@twitter Folgen Sie uns  auf www.twitter.com/biz_koblenz

Unterstützen Sie uns! Spendenkonto: Sparkasse Koblenz, BLZ 570 501 20, Konto 700 120

Die **BIZ Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz e. V.** wurde im Februar 2009 von Bürgern der Stadt Koblenz gegründet zu dem Zweck, Alternativen zu der investoren- und parteiengesteuerten Koblenzer Stadtratspolitik zu entwickeln. Seit der Kommunalwahl vom Juni 2009 hat die BIZ sechs Sitze im Stadtrat. Mit ihrer Stadtratsarbeit und mit der Vereinsarbeit, die durch gewählte Fachbeiräte auf den Gebieten Haushalt, Soziales, Kultur, Bildung/Schulen, Bau- und Verkehrsplanung, Umwelt und Sport unterstützt wird, setzt sich die BIZ für die Belange der Koblenzer Bürger ein. Für jene Bürger, die den etablierten Parteien im Koblenzer Stadtrat nicht mehr vertrauen, finanzpolitisch und städteplanerisch verantwortungsvoll (**Steuergelder der Bürger!**) zum Wohl der Stadt Koblenz zu wirken. Die BIZ will darüber hinaus bürgernahe Alternativen zur ökonomischen, ökologischen, sozialen, kulturellen und städteplanerischen Zukunft von Koblenz entwickeln, präsentieren und zur Diskussion stellen.

Infobrief abonnieren: Wenn Sie diesen Infobrief künftig per E-Mail erhalten möchten, senden Sie uns einfach eine E-Mail mit Betreff INFOBRIEF ABONNIEREN an **Infobrief.BIZ-Koblenz@gmx.de** oder abonnieren Sie den Infobrief auf **www.bi-zukunft.de**

Impressum:

BIZ Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz e. V.
Kurfürstenstr. 23, 56068 Koblenz
Telefon (0162) 8 09 69 59, Fax (0261) 1 59 22, BIZ-Koblenz@gmx.de
Vereinsregister AG Koblenz VR 20460, Vorsitzender: Stephan Wefelscheid, Stellvertretender Vorsitzender: Alexander Schöne
V. i. S. d. P. Rhld.-Pf.: Stefan Bernhard Mies
Pressesprecher BIZ, Presse.BIZ-Koblenz@gmx.de

Zukunft für Koblenz mitgestalten. BIZ.